

Das Gras auf der anderen Wiese

Die näher rückende Regierungsmacht legt die Bruchlinien der Grünen offen | Von Frank Decker

Vom kürzlich verstorbenen SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel stammt der schöne Satz, der Marsch durch die Institutionen habe „die Marschierer stärker verändert als die Institutionen“. Exemplarisch belegt wird er durch die Grünen, die als erste erfolgreiche Neugründung in der bundesdeutschen Parteienlandschaft inzwischen auf eine 40-jährige Geschichte zurückblicken.

Unterteilt man diese Geschichte in Etappen, so währte die Ära der reinen Anti-Establishment-Partei nur kurz. Ab Mitte der 1980er-Jahre gewannen bei den Grünen die „realpolitischen“ Kräfte die Oberhand, die für den Primat der parlamentarischen Arbeit eintraten und die Bereitschaft zur Übernahme von Regierungsverantwortung bekundeten. Angeführt von Joschka Fischer, gelang es ihnen, den Einfluss des öko-sozialistischen und radikal-ökologischen Flügels so weit zurückzudrängen, dass dessen Exponenten – Trampert, Ebermann und Ditfurth – die Partei nach und nach verließen.

Besiegelt wurde das neue Selbstverständnis auf dem Parteitag in Neumünster im April 1991, auf dem sich die Grünen unmissverständlich zur parlamentarischen Demokratie bekannten. Sechs Jahre zuvor war es bereits zur ersten Koalition mit der SPD auf Landesebene (in Hessen) gekommen, der zahlreiche weitere Bündnisse und die siebenjährige Zusammenarbeit im Bund – von 1998 bis 2005 – folgten.

Als festes Inventar des Parteiensystems sind die Grünen auch machtpolitisch nicht mehr wegzudenken. Dies gilt zumal, als sie ihre Koalitionsoptionen in Richtung Union erfolgreich erweitert haben. Als einzige unter den Bundestagsparteien wären sie heute an allen denkbaren Bündnissen jenseits der Großen Koalition (Schwarz-Grün, Ampel, Jamaika und Links-Koalition) beteiligt. Entschiedener lässt sich eine Etablierung nicht denken.

Symptomatisch für den Weg der Grünen ins Establishment ist das Verschwinden der in den 1980er-Jahren prägenden Entgegensezung von „Realos“ und „Fundis“ aus dem politischen Sprachgebrauch. An seine Stelle ist das „normale“ Neben- und Gegeneinander eines rechten und linken Flügels getreten, das sich – wie bei den anderen etablierten Parteien – an unterschiedlichen programmatischen Positionen und Koalitionpräferenzen festmacht und von – ebenfalls normalen – personellen und Machtkonflikten begleitet wird. Auch organisatorisch hat die Partei ihre Alleinstellungsmerkmale aus der Gründungsphase eingebüßt. Für ihren anti-bürgerlichen Habitus gilt das ohnehin. „Basisdemokratie“ praktizieren die Grünen heute genauso viel oder so wenig wie ihre Mitbewerber. Und den von ihnen früher vehement geforderten Volksentscheiden stehen sie mittlerweile skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Ab 2018 erlebten die Grünen in den bundesweiten Umfragen einen deutlichen Aufschwung, der auch durch die Coronakrise nicht nachhaltig gebremst wurde. Im Parteiensystem rangieren sie seither vor der SPD auf Platz zwei. Dem lagen und liegen mehrere miteinander verbundene Ursachen zugrunde. Erstens profitierten die Grünen in doppelter Hinsicht vom Oppositionseffekt – weil sie selber nicht regieren mussten und weil Union und SPD in der widerwillig zusammengezwungenen erneuten Großen Koalition ein schlechtes Bild abgaben. Zweitens gelang ihnen mit Annalena Baerbock und Robert Habeck eine überzeugende personelle Neuaufstellung an der Spitze, die den Wählern das Bild einer geschlossen auftretenden, fast harmlosnischen Partei vermittelte. Und drittens spielte ihnen der Bedeutungsanstieg des Klimaschutzthemas im Zuge der weltweiten „Fridays for Future“-Proteste in die Hände. Als „Umweltpartei“ besaßen die Grünen von jeher einen Kompetenzvorsprung auf diesem Gebiet, den sie nun voll ausspielen konnten.

Trotz der Coronakrise dürfte sich an dieser für sie günstigen Themenagenda im kommenden Wahljahr nicht viel ändern. Damit wachsen aber auch die Probleme. Angesichts des Überdrusses an der jetzigen Koalition erscheint es ausgemacht, dass die Grünen Teil der nächsten Regierung sein werden. Dadurch stehen sie stärker als die politische Konkurrenz unter Druck, Farbe zu bekennen und die eigenen Positionen deut-



Robert Habeck und Annalena Baerbock

lich zu machen. Für welche Klimaschutzmaßnahmen treten die Grünen ein? Welches Regierungsbündnis peilen sie an? Und welche „roten“ Linien würden sie ziehen, wenn sie mit der Union koalieren müssten und diese klimapolitisch auf die Bremse tritt?

Mit solchen Fragen geraten jetzt auch die schon bestehenden Regierungsbeteiligungen der Grünen auf der Länderebene vermehrt in den Blick – immerhin elf an der Zahl. Welche Erfolge können sie dort bei der Energie-, Verkehrs- und Agrarwende vorweisen? Wie haben sie sich im Bundesrat verhalten? Und wie gehen sie damit um, dass sie bundespolitische Vorhaben, die aus ihrer Sicht falsch sind, in den Ländern mittragen müssen – wie zum Beispiel den Bau der A49 in Hessen?

Die Grünen machen gegenwärtig zum ersten Mal die Erfahrung, dass sie bei ihren ökologischen Kernthemen von außen herausgefordert werden. Die „Fridays for Future“-Bewegung betrachtet sie nicht (mehr) als ihren natürlichen Bündnispartner und parlamentarischen Arm, sondern attestiert der Partei ein Glaubwürdigkeitsproblem, weil sie eine Politik mittrage und -verantwortung, die die Pariser Klimaschutzziele erkennbar verfehlt. In Baden-Württemberg wird ein Ableger der Bewegung bei der Landtagswahl als „Klimaliste“ gegen die Grünen angetreten, was diese wertvolle Prozentpunkte kosten könnte. Ob das Vorboten einer größeren Abspaltung sind, bleibt abzuwarten. Sicher ist, dass es Streit in die Partei hineinragen wird.

Wenn Habeck und Baerbock heute davon sprechen, die Bekämpfung des Klimawandels erfordere mehr Radikalität, bleibt das im Wesentlichen Rhetorik. Beide wissen nur zu gut, dass ein radikales Programm in der Regierungsverantwortung nicht durchsetzbar wäre. Ihr pragmatisch-realistischer Ansatz, Marktwirtschaft und technischen Fortschritt in den Dienst eines ökologisch und sozial verträglichen Wachstums zu stellen, dürfte mit Blick auf die überwiegend wohl-situierte eigene Wählerschaft strategisch richtig sein. Diese plädiert zwar entschieden für mehr Klimaschutz, möchte aber zugleich möglichst viel von ihrem heutigen Lebensstil bewahren. Dass beides nicht unbedingt zusammengeht und das Ziel einer CO₂-freien Wirtschaft ohne eine Abkehr vom Wachstumspfad Illusion bleibt, wird auch von vielen in der grünen Partei so gesehen. Massive Konflikte über die in einer künftigen Regierung zu schluckenden Kröten sind damit vorprogrammiert – die Möglichkeit eines totalen Scheiterns inklusive.

Die wachsende Nervosität der Parteispitze zeigt, dass sich die Grünen dieser Gefahr bewusst sind. In den vergangenen zweieinhalb Jahren konnte die Partei wenig falsch machen und sich auf der Woge der öffentlichen Zustimmung entspannt zurücklehnen – das wird ab jetzt nicht mehr funktionieren.



PROF. DR. FRANK DECKER

lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn. Er ist Autor des Standardwerks „Parteiendemokratie im Wandel“, das 2018 in aktualisierter Fassung im Nomos Verlag erschien.

Eskalation auf Bestellung

Der türkische Präsident verbindet innenpolitische Willkür mit außenpolitischen Abenteuern | Von Ismael Küpeli

Vor fünf Jahren geriet die Türkei in gefährliche Gewässer, als die türkische Regierungspartei „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ (AKP) unter der Führung von Recep Tayyip Erdogan den Verlust ihrer absoluten Mehrheit bei den Parlamentswahlen im Juni 2015 mit einer massiven innenpolitischen Eskalation und erzwungenen Neuwahlen im November 2015 abwendete.

Eine Folge dieser innenpolitischen Eskalation entlang der sogenannten „Kurdenfrage“ war der Neuausbruch des Krieges zwischen der türkischen Armee und der kurdischen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK), der bis heute andauert und bereits Tausende Menschen das Leben gekostet hat. Inzwischen hat sich dieser Krieg über die Grenzen der Türkei ausgeweitet, und die türkische Armee kämpft auch in Nordsyrien und im Nordirak gegen verschiedene bewaffnete kurdische Organisationen.

Diese Militärinterventionen – insbesondere der Afrin-Krieg 2018 – sorgten für viel Empörung seitens der Öffentlichkeit und der politischen Akteure auch in Deutschland. Allerdings hat die türkische Regierung ihr politisches Schicksal mit einem harten Vorgehen gegen die Kurden verbunden, sodass ein Kurswechsel und eine Rückkehr zum Friedensprozess, der vor 2015 in einer rudimentären Form begonnen wurde, unwahrscheinlich scheint.

Auch eine weitere Strategie der Regierungspartei AKP wird ungeachtet der hohen innenpolitischen und außenpolitischen Folgen weiter fortgesetzt; die Autokratisierung des politischen Systems und die repressive Ausschaltung der Opposition. Dabei blieb es nicht nur beim unfairen Einsatz von staatlichen Medien für den Wahlkampf der Regierungspartei AKP und einer medialen Benachteiligung der Opposition, sondern insbesondere bei den Wahlen seit 2015 sind unterschiedlich intensive Wahlmanipulationen zu beobachten. Die Ergebnisse des Referendums zum autokratischen Präzidentensystem 2017 und der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2018 wurden zugunsten der Regierungspartei AKP manipuliert.



Das gegenwärtige Präzidentensystem in der Türkei bedeutet indes eine deutliche Entdemokratisierung und ist eine weitgehende Aufhebung der Gewaltenteilung, bei der das Parlament wesentliche Kompetenzen zugunsten des Staatspräsidenten eingebüßt hat. Das faktische Handeln des Staatspräsidenten Erdogan geht sogar über die ihm durch die neue Verfassung zugewandene Macht hinaus, und er greift wie selbstverständlich in alle politischen Entscheidungen ein – im Zweifelsfall durch öffentliche Äußerungen, welche Entscheidungen er bevorzugt.

Die Repression gegenüber der Opposition wird indes unterschiedlich dosiert. Während die größeren Oppositionsparteien nur in Einzelfällen Ziel von politischer Verfolgung und zumindest ihre Parlamentarier nur selten inhaftiert werden, ist die linke Opposition durchweg im Visier der staatlichen Angriffe. Zahlrei-

che Abgeordnete und Bürgermeister der linken „Demokratischen Partei der Völker“ (HDP) und Tausende HDP-Mitglieder wurden verhaftet, wobei viele von ihnen seit Jahren in den Gefängnissen auf einen Gerichtsprozess warten. Die Erfolge der linken HDP bei den Kommunalwahlen im März 2019 wurden durch undemokratische Maßnahmen wieder zunichte gemacht, indem die gewählten Bürgermeister durch staatlich eingesetzte Zwangsverwalter ersetzt wurden. Die Begründung hierbei, wie auch bei den meisten Inhaftierungen, lautet, dass die HDP-Politiker terroristische Propaganda betrieben hätten. Dabei muss man bedenken, dass die Antiterror-Gesetze in der Türkei sehr weitreichend sind und bereits die Forderung nach Föderalismus oder kommunaler Selbstverwaltung als Propaganda für „Separatismus“ und „Terrorismus“ verfolgt werden kann.

Um die eigenen Wähler weiter für diese aggressive Politik mobilisieren zu können, setzt die türkische Regierung auf zwei Methoden, die beide nicht nachhaltig sind und weitere Eskalationen und eine Überforderung der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Ressourcen des Landes mit sich bringen.

Die erstarkende nationalistische Rhetorik der Regierungspartei AKP führt nicht nur zu einer größeren Feindschaft zwischen Türken und Kurden im eigenen Land, sondern sorgt auch für Spannungen und Konflikte mit den Nachbarländern. Dies betrifft nicht nur Syrien und den Irak, wo türkische Truppen sich Gefechte mit dortigen Milizen liefern, sondern gegenwärtig auch EU-Mitgliedsstaaten wie etwa Griechenland und Zypern. Die Infragestellung der Meeresgrenzen in der Ägäis und im Mittelmeer und die Provokationen in Nordzypern, die einen Verstoß gegen das Waffenstillstandsabkommen von 1974 darstellen, führen zu einer weiteren Entfremdung zwischen der Türkei und der EU.

Allerdings braucht die türkische Regierung diese Eskalationen und Provokationen, um die nationalistische aufgehetzte eigene Anhängerschaft weiter für sich mobilisieren zu können. So verwickeln sich auf ungewisse Weise kurzfristige innenpolitische Interessen der Regierungspartei AKP mit den langfristigen außenpolitischen Interessen der Türkei.

Neben dieser eher ideologischen Mobilisierung setzte die türkische Regierung in den letzten Jahren darauf, durch Kredite und eine expansive Geldpolitik das Wirtschaftswachstum des Landes weiter aufrechtzuerhalten. Ein relevanter Teil dieses Wachstums wurde durch unzählige größere und kleinere Bauprojekte, die staatlich finanziert wurden, ermöglicht. Dieser Bauboom ist allerdings ökonomisch gesehen wenig nachhaltig, weil bei vielen Bauprojekten wie etwa Flughäfen bereits jetzt absehbar ist, dass diese Objekte keine Mehreinnahmen produzieren werden. Vielmehr ist davon auszugehen, dass sie auch im laufenden Betrieb weitere staatliche Zuschüsse benötigen werden. Diese Aussichten und die expansive Geldpolitik der türkischen Regierung führten zugleich zu einem massiven Währungsverlust für die türkische Lira.

Auch in diesem Politikfeld steht die türkische Regierung in einem Dilemma, weil die eigentlich notwendigen Sparmaßnahmen, wie etwa ein Ende des staatlich finanzierten Baubooms, mit ihren kurzfristigen innenpolitischen Interessen, wie etwa der Generierung eines Wirtschaftswachstums, in Konflikt stehen.



ISMAEL KÜPELI

ist Politikwissenschaftler und analysiert die Konflikte in der Türkei und im Nahen und Mittleren Osten. Derzeit schreibt er eine Dissertation über die „Kurdenfrage“ in der Türkei an der Universität zu Köln. Die Promotion wird durch ein Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert.

DER HAUPTSTADTBRIEF

Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach Jetzt bestellen auf: www.derhauptstadtbrief.de/newsletter

AUS DEM BANNASKREIS
Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbriefs. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Hinkriegen

Am Anfang war Gerhard Schröder. „Wir müssen die Kirche doch mal im Dorf lassen“. Einen „eindeutigen Verlierer“ gäbe es, Angela Merkel nämlich. „Niemand außer mir kann eine stabile Regierung bilden.“ Er, Schröder, wer denn sonst. Merkel werde keine Koalition hinkriegen, mit der SPD schon gar nicht. Am 18. September 2005, dem Abend der Bundestagswahl, war das. Alles kam anders, was manche sogar auf Schröders krawalligen und von diesem später selbst als „suboptimal“ empfundenen Fernsehauftritt zurückführten, weil der innerhalb der Unionsparteien zur Solidarisierung mit der CDU-Vorsitzenden geführt habe, die schließlich eines der schlechtesten Abschnitte ihrer Partei zu verantworten hatte. Knapp zehn Wochen später, heute vor 15 Jahren, wurde Merkel von einer Großen Koalition im Bundestag zur Regierungschefin gewählt. Der Start war holprig. Noch vor der Regierungsbildung trat Franz Müntefering wegen innerparteilicher Personalquerelen vom Amt des SPD-Vorsitzenden zurück. Edmund Stoiber, der CSU-Vorsitzende, entschied sich entgegen vorheriger Absicht, lieber Ministerpräsident in Bayern zu bleiben, als in ein Kabinett Merkel einzutreten. Bei ihrer Wahl im Bundestag erhielt Merkel 397 von 611 Stimmen – 51 weniger, als Union und SPD hatten. Es begann eine Ära.

Während ihrer Zeit als Kanzlerin hatte sie – bisher – mit 13 SPD-Vorsitzenden zu tun, die „kommissarischen“ eingerechnet. Anders als ihre Vorgänger führte Merkel verschiedenfarbige Koalitionen – mit SPD und FDP, und an ihr lag es nicht, dass ein Bündnis mit den Grünen scheiterte. Womöglich war das deren Glück. Den Koalitionspartnern bekam das Bündnis mit Merkel nicht. Die SPD sackte ab. Die FDP schied sogar zwischenzeitlich aus dem Bundestag aus. Welche Wünsche ihre Partner auch immer erfüllt bekamen – Beispiele: SPD/Mindestlöhne, FDP/Aussetzung der Wehrpflicht: Den politischen Nutzen hatte Merkel. Als „Schwarze Witwe“, die ihre Opfer umspinn und anschließend verzehrt? Selbst ihre dreifache Wende in der Atompolitik (Festhalten an Schröders Atomkonsens, Verlängerung der Laufzeiten, Ausstieg) überstand sie. Die Umwälzungen im Parteiensystem bewältigte sie – situationsbedingt, wie es Koalitionspartner und die Verhältnisse im Bundesrat erforderten – mit einer schwarz-rot-grün-gelben Kompromisspolitik. Sie werde nicht mehr antreten, hat Merkel angekündigt. Weggeführten versichern, dabei werde und müsse es bleiben.